

## Haushaltsberatung in der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe

Redebeitrag des Vorsitzenden der SPD-Fraktion - Dieter Gebhard, Gelsenkirchen –  
am 26. Februar 2009 im Landeshaus des LWL in Münster

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,  
meine Damen und Herren,

wie in jedem Jahr ist der Haushalt des LWL durch die Entwicklungen in der Eingliederungshilfe geprägt. Die steigenden Fallzahlen und die damit einhergehenden dauerhaften Mehrbelastungen des LWL haben wir bereits diskutiert und hierzu die aus Sicht der SPD-Fraktion wichtige und richtige Resolution verabschiedet.

Ich werde daher in meiner Haushaltsrede auf weitere Ausführungen zu diesem Punkt weitgehend verzichten und den Schwerpunkt meiner Ausführungen auf die vor uns liegenden Herausforderungen durch die dramatischen Veränderungen der Wirtschaftslage und deren Auswirkungen auf die gesamte kommunale Familie richten.

Es ist bekannt:

Die Verwaltung hatte in ihrem Entwurf eine Umlagesteigerung in Höhe von 1,2%-Punkten auf dann 15,8%-Punkte vorgesehen. Dadurch wären die Mitgliedskörperschaften insgesamt mit 120 Mio. € gegenüber einem gleichbleibenden Hebesatz belastet worden.

Nach Jahren der Unterfinanzierung der gesamten kommunalen Familie ist die herrschende Verzweiflung in den vom Strukturwandel besonders hart getroffenen Gebietskörperschaften in diesem Jahr besonders deutlich zum Ausdruck gebracht worden. Dies zeigt sich in der so noch nie da gewesenen großen Anzahl von Resolutionen der Mitgliedskörperschaften zum Haushalt des Landschaftsverbandes, die in Form von formellen Einwendungen auch ihren Weg in die heutige Debatte gefunden haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir alle sehen die durch die systematische Unterfinanzierung des kommunalen Bereiches, wenn vielleicht nicht verursachte so doch zumindest dramatisch verschärfte Not zahlreicher Mitgliedskörperschaften.

Wir sind hier in der schwierigen Situation, dass wir zu Hause den Stadträten und Kreistagen angehören und die dortigen Interessen vertreten und andererseits hier als Mitglieder der Landschaftsversammlung die Verantwortung für eine solide Führung und Finanzierung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe tragen. Zumindest in den großen Fraktionen führt die große regionale Streuung dazu, dass Kolleginnen und Kollegen aus wirtschaftlich relativ soliden Mitgliedskörperschaften und aus Kreisen und kreisfreien Städten zusammenkommen, die ihren Beitrag für die Landschaftsumlage kaum noch bezahlen können.

Diese unterschiedlichen Ausgangssituationen, der Anspruch den Landschaftsverband Westfalen-Lippe gesund zu halten und gleichzeitig die Solidarität zwischen den Mitgliedskörperschaften bewahren, machen die Haushaltsberatungen jedes Jahr zu einem Balanceakt zwischen den verschiedenen Interessen.

Auf der einen Seite gibt es die Vertreter der relativ „wohlhabenden Mitgliedskörperschaften“, die aus ihrer Sicht völlig zu Recht darauf bestehen, dass nicht über eine Verschuldung des Landschaftsverbandes perspektivisch Belastungen geschaffen werden sollen, die aus ihrer Sicht nicht nötig wären. Ich betone: Relativ wohlhabende Mitgliedskörperschaften – ausgesprochen reiche Kommunen gibt es wohl nicht mehr.

Auf der anderen Seite finden sich die Vertreter der Landkreise und kreisfreien Städte, die heute schon nur noch von der Hand in den Mund leben können und die Aufwendungen für die Landschaftsumlage aus Kassenkrediten bezahlen und ebenfalls aus ihrer Sicht zu Recht verlangen, dass die übrige LWL-Familie auch Solidarität mit ihnen übt und der LWL seinen Haushalt zum Teil über Kassenkredite abdeckt; oder wie es im NKF heißt: Die Ausgleichsrücklage angreift!

Leider – das nur als Zwischenbemerkung – hat sich noch nicht überall herumgesprochen, dass es sich bei der Ausgleichsrücklage um kein reales Geld handelt, das auf irgendeinem Konto schlummert und im Bedarfsfalle abgehoben werden kann. Die Ausgleichsrücklage ist letztlich nichts anderes als ein Buchungsposten, um in gewissem Rahmen Kassenkredite verbuchen zu

können, ohne direkt in die Haushaltssicherung zu geraten. Die Formulierung, dass der LWL über eine Ausgleichsrücklage von 270 Mio € „verfüge“ heißt nichts anderes, als dass der LWL die Befugnis hat, sich mit 270 Mio € zu verschulden bzw. Vermögensgegenstände in dieser Höhe zu veräußern. Unser Vermögen aus Gebäuden und Immobilien der Krankenhäuser, Schulen und Museen sowie Kunstgegenständen und Ausstellungsstücken der LWL-Museen hat zwar einen hohen Buchwert – ist aber schlicht nicht realisierbar.

Bei unseren wirtschaftlichen Beteiligungen handelt es sich um solche, deren politischer Wert höher ist als der wirtschaftliche Wert, oder aber – im Falle der Westfälischen Provinzialversicherung und der RWE AG - deren Rendite sich so günstig darstellen, dass eine vergleichbare Entlastung des Haushalts durch Veräußerung und entsprechende Schuldentilgung bei weitem nicht zu erzielen ist – also finanzpolitisch keinen Sinn macht. Von politisch weniger gewichtigen Beteiligungen, die zudem unrentabel waren, haben wir uns bereits getrennt und werden wir uns nach dem Ablauf vertraglicher Bindungen trennen.

Anrede

Zurück zu dem vorhin aufgezeigten Dilemma. Zwischen den widerstreitenden Interessen unserer Mitgliedskörperschaften steht auch noch der LWL selbst. Hier wird wichtige und gute Arbeit für Menschen mit Behinderungen, die Kultur im Raum Westfalen-Lippe, für Schüler mit Behinderungen und psychisch Kranke geleistet. Diese ist nicht zum Nulltarif zu haben.

Auch in Zeiten knapper Mittel dürfen diese Aufgaben nicht als Spardose der übrigen kommunalen Familie betrachtet werden. Dies hat die vorhin geführte Debatte zur Zukunft der Eingliederungshilfe auch nochmals deutlich zum Ausdruck gebracht.

Zwischen all diesen widerstreitenden Interessen zu vermitteln ist keine einfache Aufgabe. Die SPD-Fraktion hat sich intern den Debatten gestellt und dann in einem ebenso schwierigen Diskussionsprozess gemeinsam mit der CDU den hier vorliegenden Kompromissvorschlag erarbeitet. Dieser Kompromissvorschlag sieht vor, den Umlagehebesatz nicht wie in der Verwaltungsvorlage gefordert auf 15,8 %-Punkte, sondern lediglich auf 15,2 %-Punkte zu erhöhen.

Die fehlenden rund 60 Mio. € sollen dadurch aufgebracht werden, dass der voraussichtliche Fehlbetrag für das Jahr 2008 in Höhe von ca. 35 Mio. € zunächst nicht ausgeglichen, sondern über Kredite finanziert werden muss.

Weiterhin ergibt sich eine Verbesserung in Höhe von ca. 20 Mio. € aus der zweiten Modellrechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2009.

Weitere ca. 10 Mio. € sollten – ich ergänze – bis zu einem geeigneten Deckungsvorschlag – über Kredite finanziert werden. Die Verwaltung hat über die uns vorliegende Änderungsliste hierfür einen - wie ich finde - praktikablen Vorschlag gemacht, die im Entwurf noch eingeplanten 8 Mio € zur Abdeckung streitiger Krankenhausbehandlungskosten herauszunehmen, da sie nach einer Entscheidung des Bundessozialgerichts und dem neuesten Stand der Verhandlungen über einen Vergleich mit unseren Mitgliedskörperschaften aller Voraussicht nicht mehr benötigt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

dieser Kompromiss zum Hebesatz ist m.E. ein für alle Seiten tragfähiger Kompromiss. Er trägt sowohl den unterschiedlichen Interessen der Mitgliedskörperschaften als auch dem Finanzbedarf des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe Rechnung.

Ich weiß, dass einige Kolleginnen und Kollegen hier mit der geballten Faust in der Tasche sitzen. Aber wie ich bereits sagte, handelt es sich bei der Gestaltung des Umlagehebesatzes um einen Kompromiss, und Wesen des Kompromisses ist nun mal, dass alle Seiten aufeinander zugehen müssen und ihre originären und ureigenen Interessen bis zu einem gewissen Punkt zurückstellen müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

in den beiden großen Fraktionen sieht das auf Grund nachhaltiger Diskussionen in der Heimatkommune nicht jeder so, was sich im Abstimmungsverhalten ausdrücken wird.

Um so wichtiger ist auf Sicht der Appell, als kommunale Familie die Reihen geschlossen zu halten. Letztlich sind sowohl die Aufgaben der Landschaftsverbände als auch die Aufgaben der Kreise und kreisfreien Städte sämtlich kommunale Aufgaben. Wie sich in den letzten

Jahren immer schärfer zeigt und durch das NKF noch einmal transparenter dargestellt wird, ist die gesamte kommunale Familie insgesamt unterfinanziert.

Wenig hilfreich sind auch die gegeneinander gerichteten Angriffe der unterschiedlichen kommunalen Ebenen.

Ich denke beispielsweise an die knappe wie falsche Formel, auf die die Bürgermeisterin einer kreisangehörigen Gemeinde die Finanzdiskussion reduziert hat: „Der LWL schwimmt im Geld, und wir sind die gekniffenen.“

Schlagworte wie diese sind nicht nur inhaltlich falsch, sie zerstören auch die gute Zusammenarbeit des LWL mit den Kommunen vor Ort!

Im Übrigen:

2008 – als wir aus Solidarität mit finanzschwachen Mitgliedskörperschaften die Umlage um einen vollen %-Punkt gesenkt haben – fehlten uns am Schluss 30 Mio Euro bei der Eingliederungshilfe. Das sollte eigentlich bekannt sein ...

Das schärfste aber habe ich in der Presse meiner Heimatstadt Gelsenkirchen gelesen – zwei FDP-Damen erklären den Finanzbedarf des LWL dumm und dreist - wörtlich: „Die Kommunen müssten nun die schwarz-rote Fehlwirtschaft im LWL ausbaden.“ Eine davon ist sog. sachkundige Bürgerin in der Landschaftsversammlung.

Meine herzliche Bitte an die FDP-Geschäftsführung dieses Hauses:

Geben Sie diesen beiden Damen bitte die von uns gemeinsam eingebrachte und verabschiedete Resolution zur Eingliederungshilfe zu lesen – das macht sie hoffentlich noch eine Spur sachkundiger!

Was sollte unsere Resolution verdeutlichen ?

Das Problem der immer weiter ansteigenden Verschuldung der Kommunen muss als ein staatliches Problem betrachtet werden! Mit einer Umverteilung der kommunalen Schulden untereinander ist es doch nicht getan!

Das Votum für den hier vorgelegten Kompromissvorschlag von CDU und SPD soll das klare Signal in Richtung Düsseldorf und Berlin sein, dass das derzeitige Modell der Kommunalfinanzierung so auf Dauer gegen die Wand läuft!

In den letzten Jahren ist nichts zur Entlastung der kommunalen Familie geschehen.

Im Gegenteil:

Das Land hat sogar Kürzungen zu Lasten der Städte und Gemeinden beschlossen.

Ich habe sie alle hier aufgelistet ...

Allein für meine Heimatstadt Gelsenkirchen von der Grunderwerbssteueränderung mit 6 Mio über Kibitz mit 4,8 Mio bis zur Krankenhausfinanzierung mit 1,5 Mio –in der Summe **22 Mio** Euro Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen durch landespolitische Entscheidungen seit dem Regierungsantritt von Herrn Rüttgers. Der Aufschrei der Kommunen war für meinen Geschmack vergleichsweise gering.

In anderen Kommunen sind die Auswirkungen nicht anders. So darf es nicht weiter gehen.

**Darin** sollten sich die Kommunen einig sein!

Anrede

bei aller Diskussion in den Mitgliedskörperschaften und zwischen den Mitgliedskörperschaften und dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe hat niemand ernsthaft den tatsächlichen Finanzbedarf des Landschaftsverbandes bezweifelt. Kurz gesagt, alle sehen ein, dass der LWL das Geld braucht, Uneinigkeit besteht nur darüber, ob der Finanzbedarf durch Vermögensverwertung und Verschuldung oder direkt durch Umlagemittel der Kommunen gedeckt werden soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich an dieser Stelle noch einen Ausblick in die vor uns liegende ungewisse Zukunft wagen:

Die Haushaltsberatungen vor einem Jahr an dieser Stelle waren geprägt von einem Gefühl des Optimismus und des Aufbruches. Die deutsche Wirtschaft kam in Schwung, die Steuereinnahmen der Kommunen sprudelten wie seit Jahren nicht mehr. Die Beratung war getragen von der Hoffnung, dass die Kommunal Finanzen in den nächsten Jahren tatsächlich

konsolidiert werden könnten. Im Ergebnis hatten wir den Umlagesatz um einen vollen Prozentpunkt auf 14,6 Prozentpunkte gesenkt.

Nun stehen wir hier zu Beginn des Jahres 2009 und die Zukunftsaussichten sind ungleich düsterer. Die globale Finanzkrise, die uns bereits letztes Jahr beschäftigte, hat sich zwischenzeitlich zu einer globalen Rezession gewandelt, die Wirtschaftsforschungsinstitute sprechen bereits vom größten Wirtschaftseinbruch seit 1949!

Wenn all dies, wie von den Wirtschaftsweisen prophezeit, so eintritt, so stehen uns auch im kommunalen Bereich erneut harte Jahre bevor. Die Wirtschaftskrise wird sich bei den Steuereinnahmen der Kommunen bemerkbar machen und somit mit kurzer Verzögerung auch uns in der Landschaftsversammlung erreichen. Bei den Hilfen zur Arbeit bei Menschen mit Behinderungen ist es bereits amtlich:

Die wirtschaftliche Rezession betrifft auch den Arbeitsmarkt schwerbehinderter Menschen mit deutlichen Steigerungen der Arbeitslosigkeit gegenüber den Vormonaten.

Abgesehen von diesen Auswirkungen kann uns die globale Finanzkrise als Anteilseigner der WestLB und Träger der NRW.Bank im kommenden Jahr auch ganz direkt treffen.

Bei der anstehenden Umstrukturierung des Landesbankensektors sollen auch die kommunalen Sparkassen und die Landschaftsverbände in die Pflicht genommen werden.

Für die SPD-Fraktion in der Landschaftsversammlung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe kann ich sagen, dass der LWL seinen Teil zur Sicherung der WestLB mit den im letzten Jahr bewilligten 120 Mio. € Garantien geleistet hat.

Das wird uns in naher Zukunft noch heftig beschäftigen.

Also:

Nicht nur bei der Eingliederungshilfe; auch hier gilt:

Wir stehen vor einem bewegten Jahr 2009 und einer ungewissen Entwicklung, was die Finanzlage der Kommunen insgesamt angeht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich bin der Überzeugung, dass der Landschaftsverband Westfalen-Lippe damit fertig wird. Er wird von motivierten und kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern getragen, denen ich an dieser Stelle auch meinen Dank und meine Anerkennung für die im letzten Jahr geleistete Arbeit aussprechen möchte.

Das Konjunkturpaket II, das letzten Freitag im Bundesrat verabschiedet wurde, wird den Landschaftsverband sowie der gesamten kommunalen Familie die Möglichkeit eröffnen, dringend notwendige Investitionen vorzuziehen bzw. diese überhaupt in Angriff zu nehmen und so einen Teil zur Überwindung der Wirtschaftskrise beizutragen. Hier beim Landschaftsverband werden wir uns in den nächsten Wochen über den schnellen und sinnvollen Einsatz der Mittel unterhalten und so unseren Beitrag zur Stärkung der Wirtschaft in Westfalen-Lippe und darüber hinaus leisten.

Wir werden weiter gute und wichtige Arbeit für die Menschen und für Westfalen-Lippe leisten:

Im Rheinland bringt man seinen Optimismus bekanntlich mit dem Hinweis „Et hat noch immer jut jejangen ..“ zum Ausdruck.

Ich sage es westfälisch knapp, wie es im Ruhrgebiet üblich ist:

Glück auf!